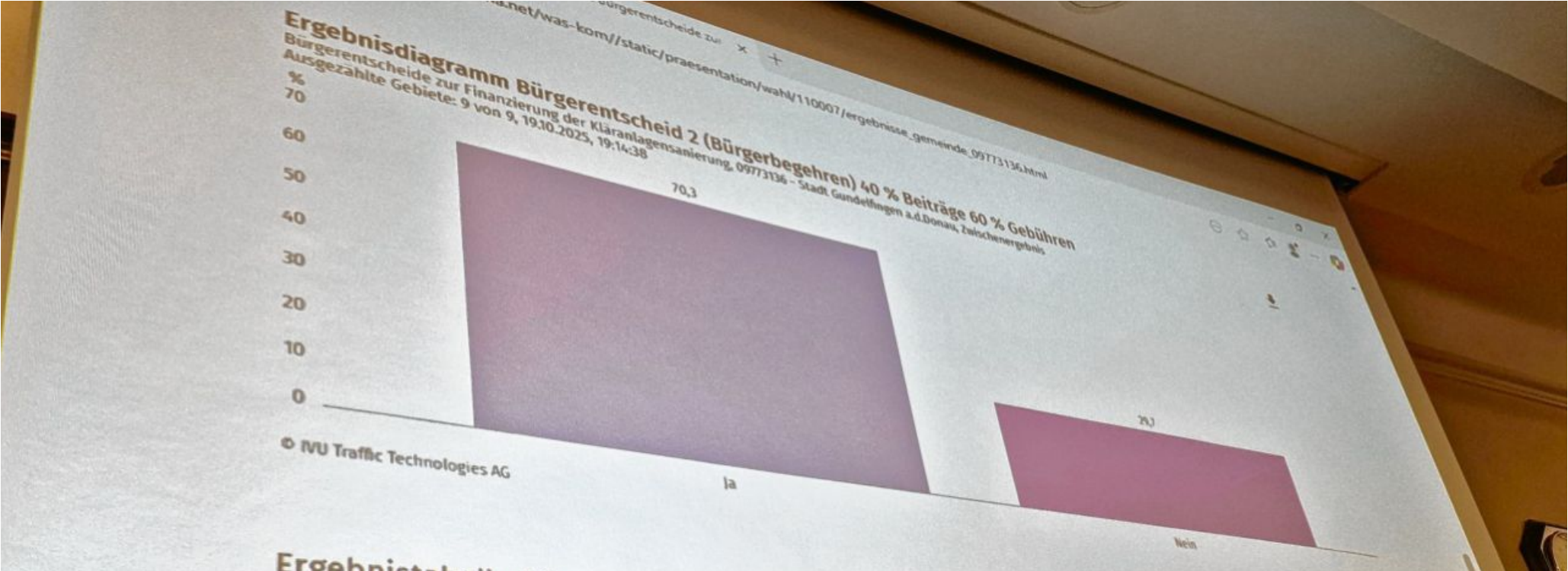




70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, welche abgestimmt haben, setzten ihr Kreuz beim Bürgerbegehren auf „Ja“. Foto: Dominik Bunk

Gundelfinger stimmen für Bürgerbegehren

Beim Bürgerentscheid über die Finanzierung der Kläranlage entscheiden sich etwa 70 Prozent für die Lösung der Bürgerinitiative. Das sagen Rathauschef und Initiatoren.

Von Dominik Bunk

Gundelfingen Die Gundelfinger Bevölkerung muss sich seit mehreren Monaten mit Begriffen und Formulierungen befassen, die sonst eher im amtlichen Sprachgebrauch beheimatet sind. Verbesserungsbeiträge, Kläranlagenertüchtigung, Finanzierung über Abwassergebühren, Ratsbegehren und Bürgerbegehren sind Beispiele dafür. Letztere beiden Begriffe stehen am Sonntag im Mittelpunkt des Stadtgeschehens, denn die Bevölkerung stimmt darüber ab, ob die rund 23 Millionen Euro teure Sanierung der Kläranlage zu einem größeren Teil über Sofortbeiträge oder über eine stärkere Erhöhung der Abwassergebühren finanziert werden soll.

Pünktlich um 18 Uhr abends beginnt im Gundelfinger Rathaus die Auszählung der Stimmen durch rund 70 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, darunter auch zahlreiche Mitglieder des Stadtrats. Gundelfingens Bürgermeister Dieter Nägele (FW) zeigt sich während

dessen zuversichtlich, dass das Ratsbegehren von der Bevölkerung bevorzugt werden wird. „Das ist jedoch nur meine subjektive Einschätzung“, betont er, die Einschätzung sei in diesem Fall allerdings sehr schwierig. Von rund 6000 Wahlberechtigten haben an diesem Sonntag 3578 ihre Stimmzettel in die Urnen geworfen oder bereits vorab per Brief gesendet. Wichtig sei dem Rathauschef eine hohe Wahlbeteiligung, sagt er, damit das Ergebnis möglichst eindeutig wird.

Nach fast einer halben Stunde Wartezeit erscheint der erste Wahlbezirk, Echenbrunn, auf der Leinwand im großen Sitzungssaal: Das Bürgerbegehren liegt im Stadtteil deutlich vorn. Mitinitiator Andreas Geßler zeigt sich während der Auszählung aufgeregt. Er hoffe, dass sich die Bürger für das Bürgerbegehren entscheiden. Auch er ist während der Auszählung zuversichtlich. Nach fünf Wahlbezirken liegt das Bürgerbegehren mit knapp mehr als 60 Prozent der Stimmen vorn, vier Briefwahlbezirke fehlen noch.

Um 19 Uhr steht das Ergebnis fest, obwohl noch ein Briefwahlbezirk fehlt: Rund 70 Prozent stimmen für das Bürgerbegehren, etwa 30 Prozent dagegen. Michael Hofmann, ebenfalls Mitinitiator der Bürgerinitiative, freut sich über die hohe Wahlbeteiligung. „Auch wenn wir nicht gewonnen hätten, hätten die Bürger eindeutig entschieden“, sagt er. Den „Wahlkampf“ habe er als sehr fair und ausgewogen empfunden.

Rathauschef Nägele will den Gundelfinger Bürgerinnen und Bürgern für ihre hohe Wahlbereitschaft ebenfalls „ein sehr großes Lob aussprechen“. Das Votum sei klar gewesen. „Das Ergebnis ist von allen Seiten so zu akzeptieren. Wir als Stadt müssen jetzt versuchen, das Beste daraus zu machen“, erklärt Rathauschef Nägele, als das Ergebnis feststeht. Der Vorteil sei in diesem Fall, dass weniger Härtefälle zu erwarten seien. „Wir konzentrieren uns jetzt auf die technische Sanierung unserer Kläranlage“, so Nägele weiter. Die Aufstellung der Haushalte in den kommenden Jahren könne allerdings

zu einer weiteren Herausforderung werden. Mitinitiator Geßler sagt im Nachgang: „Der Bürger hat mit gesundem Menschenverstand entschieden“, und freut sich über den Erfolg.

Zugrunde liegt dem Bürgerentscheid jenes Bürgerbegehren, dessen Initiatoren nicht mit der Entscheidung des Stadtrats im Frühjahr einverstanden waren. Denn der Stadtrat stimmte dafür, 80 Prozent der Gesamtsumme über die sogenannten Verbesserungsbeiträge einzuziehen, also Sofortzahlungen der Haus- und Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer. Lediglich 20 Prozent sollten über höhere Abwassergebühren bezahlt werden. Die Initiatoren um Andreas Geßler forderten stattdessen 40 Prozent Verbesserungsbeiträge und 60 Prozent über die Erhöhung der Abwassergebühren zu bezahlen.

Das Argument der Stadtverwaltung und des damit verbundenen Ratsbegehrens: die Entlastung junger Familien mit mehr Wasserverbrauch, Mieterinnen und Mietern. Denn die Wassergebühren

würden nach deren Angaben auf bis zu sechs Euro pro Kubikmeter angehoben werden müssen, sollte die Forderung der Bürgerinitiative den Stadtratsbeschluss ersetzen. Der Ansatz des Stadtrats hätte zur Folge, dass die Abwasserkosten moderater ansteigen würden, sagte Rathauschef Dieter Nägele (FW) bereits während einer Stadtratssitzung im August.

Die Bürgerinitiative ist anderer Meinung. „Wir suchen den Spagat dazwischen, der für den Großteil verträglich ist“, sagte Mitinitiator Andreas Geßler. Das sei mit der beschlossenen Verteilung nicht der Fall. Denn mit dieser Lösung werde es mehr Härtefälle geben, als wenn die Gebühren stärker angehoben würden, so die Vertreter des Bürgerbegehrens im Vorfeld. Konkret ging es ihnen etwa um Seniorinnen und Senioren, welche oft alleine in Häusern auf großen Grundstücken wohnen. Denn wie hoch die Verbesserungsbeiträge sein werden, hängt von der Größe der Grundstücke und der zulässigen Geschossfläche der darauf stehenden Gebäude ab.